

PRESSEMITTEILUNG



Steffen Krach
SPD-Kandidat für das Amt des
Regionspräsidenten

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Telefon 0511.1674-240
Fax 0511.1674-266

An die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Dienstag, 9. Februar 2021

Innenstädte neu denken: Nachhaltige Konzepte und finanzielle Unterstützung für Wunstorf

Die Pandemie stellt uns und unsere 21 Kommunen vor bedeutende Herausforderungen. Ausdruck dieser Tatsache ist auch die finanziell angespannte Situation vieler Unternehmen, wie eindrücklich auf der Zusammen-1-Tour von Steffen Krach, Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten, sichtbar wird. Die von den Wunstorfer Unternehmer_innen beschriebene Lage ist dabei kein Einzelfall.

„Die Wunstorfer_innen finden für jedes Problem neue, kreative Antworten. Sie meistern die Pandemie, indem sie mit dem Puls der Zeit gehen und unter anderem verstärkt auf digitale Lösungen setzen. Das bedeutet aber nicht, dass wir sie deshalb sich selbst überlassen können. Im Gegenteil, Solidarität und das Suchen nach gemeinsamen Wegen aus der Krise ist aus diesem Grund umso wichtiger. Die finanzielle Unterstützung des Bundes kann ihren Anteil daran leisten, aber sie muss auch in den Betrieben ankommen“, so Torben Klant, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Wunstorf.

Steffen Krach ergänzt: „Die Innenstädte und Unternehmen der Region Hannover sind ihre Herzkammern. Damit das in Zukunft auch so bleibt und die Geschäfte vor Ort auch nach der Pandemie bestehen können, dürfen wir die Betriebe und Menschen vor Ort nicht im Stich lassen. Deshalb müssen wir die Innenstädte jetzt neu denken und gleichzeitig eine finanzielle Unterstützung sicherstellen. Langfristig brauchen wir auch in der Region Hannover ein ganzheitliches und innovatives Konzept, das einen guten Mix aus Einzelhandel, Gastronomie, Kunst und Kultur sowie Sport darstellt.“

„Diese Pandemie ist nur gemeinsam zu bewältigen. Nur Zusammen können wir zur Nummer-1 Region wachsen. Das schließt auch die Unternehmen in der Region und insbesondere Wunstorf mit ein“, resümieren beide ihre Ansprüche an die kollektive Bewältigung der Corona Krise.